

Einleitung

Regula Julia Leemann und Elena Makarova

Bildungsinstitutionen prägen den individuellen Lebensverlauf von früher Kindheit an. Sie tragen zu den beruflichen Chancen und gesellschaftlichen Möglichkeiten, zum Wohlstand und sozialen Zusammenhalt der Bevölkerung in der Schweiz bei. Bildung ist integrierend und qualifizierend; sie ermöglicht die Weitergabe von zentralen Werten, Fähigkeiten und Wissen an die nächste Generation. Mit Bildung ist auch das gesellschaftliche Versprechen der Chancengleichheit verbunden: Jedes Individuum, so das Bildungscredo, erhält dieselbe Chance, in der Bildung erfolgreich zu sein und an den gesellschaftlichen Gütern teilzuhaben, unabhängig von seiner Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen (Herkunft, Geschlecht, Religion u. a.).

Die Disziplin der Soziologie fragt kritisch, unter welchen Bedingungen Schule und Bildung dieses Potenzial entfalten und dieses Versprechen einhalten kann – und durch welche Strukturen, Politiken und Prozesse Bildung zu Ungleichheit, Stigmatisierung und Ausgrenzung führt und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet.

Um diesen Fragen vertieft nachzugehen, versammelt dieser Band eine Reihe von auf empirischen Studien basierenden, soziologisch orientierten Kurzbeiträgen, die sich mit dem Widerspruch von sozialer Integration und Ausschluss im Schweizer Bildungswesen befassen. Die Publikation ist Ergebnis einer Sektionstagung des Forschungsnetzwerks Bildungssoziologie der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie, die im Sommer 2022 an der Universität Basel stattfand und von der SAGW finanziell unterstützt wurde. Die verschiedenen Darstellungen zentraler Forschungsergebnisse zu den Bildungsinstitutionen und Laufbahnen vom Kindergarten über die Volksschule bis zur nachobligatorischen Berufsbildung und Allgemeinbildung sowie den Hochschulen münden jeweils in Reflexionen und Schlussfolgerungen. Die Publikation richtet sich an die politischen Verantwortlichen in Bildungspolitik und Bildungsverwaltung, an Bildungsforschende sowie an Lehrende in Ausbildungsinstitutionen.

Die Beiträge befassen sich mit den historischen Wurzeln, gesellschaftlichen Bedingungen und Strukturen von Bildung und fragen, inwiefern Qualifizierung und soziale Gerechtigkeit durch Bildung gestärkt oder geschwächt werden. Sie untersuchen, welche Regeln, Normen und Werte in den Bildungseinrichtungen und in der Gesellschaft die Integration von Menschen unterschiedlicher

sozialer Zugehörigkeit oder mit Beeinträchtigungen befördern oder behindern. Sie fragen nach den Orientierungen und Praktiken von Lehrpersonen und Dozierenden, die Ungleichheiten und Stigmatisierungen bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen hervorrufen können oder zu einer auf Wertschätzung und Chancengleichheit beruhenden Bildung und Sozialisation führen. Und sie analysieren die Reformen, Politiken und Diskurse im Bildungswesen auf die Frage hin, ob sie Gerechtigkeit und Gleichheit in Bildungsprozessen und -ergebnissen unterstützen und ermöglichen oder ob sie diese beeinträchtigen und begrenzen.

In der Summe verweisen die Resultate auf die paradoxe Situation, dass das Bildungswesen mit seinen historisch gewachsenen Strukturen, den institutionalisierten Regelungen und Werten und der für die Bildung zuständigen Politik und Profession, aber auch die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sowohl Integration und sozialen Zusammenhalt befördern wie auch Ungleichheit und Ausschluss bewirken. Daran anknüpfend stellt Georges Felouzis in diesem Band die essenzielle Frage: «Wie kann die Bildungssoziologie die Bildungspolitik dabei unterstützen, gerechter zu werden?» Er weist gleichzeitig darauf hin, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt auf verschiedenen Gerechtigkeitsprinzipien beruht wie u. a. Leistungsanspruch, Solidarität gegenüber Benachteiligten oder Kosten-Nutzen-Überlegungen und dass diese im Widerspruch zueinander stehen.

Der Band ist entlang verschiedener Perspektiven auf Bildung in fünf Kapitel gegliedert. Im ersten Kapitel zur Bedeutung von Bildungspolitik und Bildungsstrukturen zeigt Raphael Zahnd in seinem Beitrag «**Inklusive Bildung unterstützt die soziale Kohäsion!?**» auf, wie sich in der Schweiz seit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahre 2014 die Separationsquote zwar verringert, heute jedoch bei rund 3 % stabilisiert hat. Dabei sind grosse kantonale Differenzen sowie eine Überrepräsentanz von Kindern ausländischer Nationalität zu beobachten. Der Autor plädiert für eine Entwicklung zu einer noch stärker inklusiven Schule, die mit geeigneter Unterrichtsorganisation, passenden Lernformen und Lernunterstützung erst die soziale Teilhabe aller Schüler:innen ermöglicht.

Georges Felouzis kommt in seinem Aufsatz «**Systèmes éducatifs et cohésion sociale: comment améliorer l'équité en éducation ?**» auf der Basis von nationalen und

internationalen Daten zum Schluss, dass die Aufteilung der Schüler·innen in separative Leistungsklassen auf der Sekundarstufe I, wie sie in manchen Kantonen vorherrscht, die soziale Ungleichheit bei den Bildungsergebnissen vergrössert. Internationale Vergleiche lassen aber den Schluss zu, dass nicht das Modell allein – separativ oder integrativ – ausschlaggebend ist, sondern zusätzlich die Frage der konkreten pädagogischen und organisatorischen Umsetzung mitberücksichtigt werden muss.

Unter dem Titel **«Réduire les inégalités sociales sans massifier l'université: un enjeu helvétique»** fragt Gaële Goastellec danach, wie der nach wie vor sich kaum veränderten Unterrepräsentanz von Studierenden aus sozial benachteiligten Schichten begegnet werden kann, ohne eine Vermassung der Hochschulen zu befördern. Dazu verweist sie u. a. auf den liberalen Gesellschaftsvertrag der Schweiz, der eine im europäischen Vergleich viel geringere Verantwortung des Staates in sozialen und bildungsbezogenen Fragen nach sich zieht. Dies wird im Umfang der öffentlichen Ausgaben für Bildung sichtbar sowie im System der massgeblich von der Wirtschaft getragenen Berufsbildung.

Das zweite Kapitel widmet sich der Bedeutung der Lehrpersonen, Dozierenden und Praxisausbildenden. Die Autorinnen Susanne Burren, Maritza Le Breton, Carolina Toletti und Andrea Blaser befassen sich im Beitrag **«Differenzverhältnisse in der Hochschulbildung – Perspektiven von Hochschullehrenden und Praxisausbildenden an Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen»** mit den Orientierungen der Profession in Bezug auf die soziale Heterogenität der Studierenden. Sie kommen zum Schluss, dass deren Deutung von Differenz entlang der Kategorien Migration und Geschlecht und die daraus folgenden Lehrpraktiken trotz Diversitätsbestrebungen durch stereotypisierende und ungleichheitsreproduzierende Vorstellungen geprägt sind.

Julia Napoli kommt im Beitrag **«Les représentations des enseignant·e·s dans les écoles de l'enseignement prioritaire genevois: poids des stéréotypes et préjugés au sein de l'institution»** zum Ergebnis, dass Lehrpersonen in Schulen in sogenannt sozial belasteten Situationen trotz oder vielleicht gerade wegen bildungspolitischer Ausgleichsmassnahmen dazu neigen, ihre Vorstellungen zu den Familien – Prekarität, geringe Förderung der Kinder etc. – auf ihre Wahrnehmung der Schüler·innen zu übertragen. Dies befördert bei ihrer Analyse von schulischen Situationen stereotype Zuschreibungen und Vorurteile, die sich negativ auf die Bildung und die Sozialisation der Schüler·innen auswirken können.

Zu einem vergleichbaren Resultat kommt Ursina Jaeger, die in ihrer Studie den Kindergarten in den Blick

nimmt. Im Beitrag **«Der Kindergarten als neutralisierte Komfortzone? Erkenntnisse aus einer ethnografischen Studie in einer diversifizierten Nachbarschaft»** zeigt die Autorin, wie sich Lehrpersonen aus besten Absichten bemühen, den Kindern im pädagogischen Alltag eine «neutrale Schutzzone» zu ermöglichen, in der vermeintlich Problematisches und Schwieriges des Familienlebens ausgegrenzt wird. Dieser Prozess der Distanzierung führt dazu, dass die Lebenswelten und -erfahrungen der Kinder im schulischen Alltag bedeutungs- und wertlos sind und keine Anerkennung erfahren.

Im dritten Kapitel wird die Frage nach der Bedeutung von Bildungsreform und Wandel im Bildungswesen aufgeworfen. Die Längsschnittstudie TREE (Transitionen von der Erstausbildung ins Erwerbsleben) bietet dazu eine wichtige Datenbasis. Thomas Meyer, Andrés Gomensoro und Sandra Hupka-Brunner kommen in ihrem Beitrag **«Nachobligatorische Ausbildungschancen im Spiegel der TREE-Studie: Persistente Ungleichheiten im Kohortenvergleich»** zum Ergebnis, dass das Schweizer Bildungswesen zwar einen Grossteil der Jugendlichen in eine nachobligatorische Ausbildung integriert. Trotz den bildungspolitischen Bemühungen, den neuen Ausbildungsmöglichkeiten und einem vergrösserten Lehrstellenmarkt haben sich aber verschiedene Formen von Diskontinuitäten und ungleichen Bildungschancen in den letzten Jahren kaum verändert.

Welche historischen Wurzeln und gesellschaftlichen Bedingungen dazu führen, dass in den Kantonen die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ungleich verläuft, ist Gegenstand des Beitrags von Deborah Lagler mit dem Titel **«Kantonal unterschiedliche Umsetzungen der integrativen Schulform»**. Ihre Ergebnisse verweisen auf die Relevanz der gewachsenen Schulstrukturen, insbesondere das Ausmass des Sonderschulwesens, und der damit einhergehenden Überzeugungen von Lehrpersonen und Politiker·innen zur Integration sowie zu den finanziellen Kosten, die eine Reform mit sich bringt bzw. bringen würde. Die Autorin verweist auf die zentrale Funktion von Schulleitungen bei der Unterstützung einer solchen Reform.

Die Bedeutung von Bildungsangebot und Zulassungsbedingungen ist Thema des vierten Kapitels. Im Beitrag **«Berufs- oder Allgemeinbildung? Bildungswege im Vergleich»** untersucht Irene Kriesi die Potenziale und Risiken der Zweiteilung der nachobligatorischen Bildungswege in berufsbildende und allgemeinbildende Ausbildungsgänge. Erstere integrieren sehr viele Jugendliche und ermöglichen langfristige Berufschancen, befördern jedoch nicht immer den Weg in eine Tertiärbildung. Letztere bereiten dagegen gut auf ein Studium vor, wobei nicht alle Fächer einen unproblematischen Arbeitsmarkteintritt und eine

ausbildungsadäquate Beschäftigung garantieren.

Das kantonal unterschiedlich grosse Angebot an Gymnasiumsplätzen und dessen ungleichheitsbezogene Folgen analysieren Regula Julia Leemann, Andrea Pfeifer Brändli und Christian Imdorf im Beitrag **«Regionale und soziale Chancenungleichheiten beim Zugang zum Gymnasium»**. Sie kommen zum Ergebnis, dass das kantonale Ausbildungsangebot die Zugangschancen zum Gymnasium wie erwartet beeinflusst, wobei eine Zunahme des Angebots nicht automatisch mit einer Verbesserung der Chancengleichheit nach sozialer Herkunft einhergeht. Im Gegenteil vergrössert sich die Ungleichheit – erst bei einem sehr umfangreichen Angebot an Ausbildungsplätzen verringert sie sich wieder.

«Welche Rolle spielen Zulassungsbedingungen zur Berufsmaturität für die Durchlässigkeit zwischen Berufs- und Hochschulbildung?», fragen sich Miriam Hänni, Irene Kriesi und Jörg Neumann. Ihre Studie verweist ebenfalls auf regionale Ungleichheiten. Sie zeigt auf, dass die Wahrscheinlichkeit, eine Berufsmaturität zu beginnen wie auch abzuschliessen, von den kantonalen Zulassungsbedingungen abhängt. So verringert eine obligatorische Aufnahmeprüfung die Zugangs- und Abschlusschancen; sie ist zudem für Jugendliche mit tieferem sozialem Status noch schwieriger zu bewältigen. Eine mögliche Ursache sind die Kosten für Prüfungsvorbereitungskurse, die nicht von allen Familien getragen werden können.

Hier anschliessend befasst sich der Beitrag von Luca Preite zum Thema **«Berufsbildung gegen Bezahlung»** mit der Frage der Finanzierung des Zugangs zur beruflichen Grundbildung, insbesondere zur Berufsmaturität, und möglichen ungleichheitsbezogenen Folgen. Seine Untersuchungen belegen, dass in der Nordost- und der Nordwestschweiz ein substanzieller Anteil von Jugendlichen zur Erlangung der BM2 private Schulen besuchen, wobei diese fast ausnahmslos keine Aufnahmebedingungen und Zugangsbeschränkungen kennen. Es kann deshalb vermutet werden, dass dieser Weg von Jugendlichen gewählt wird, die aufgrund der kantonalen Zutrittsregelungen keinen Zugang zur BM gefunden haben, sofern ihre Familien die Kosten der Privatschulen tragen können.

Das letzte Kapitel fokussiert auf die Bedeutung von politischen und medialen Diskursen. Sonia Revaz und Kilian Winz legen in ihrem Beitrag **«La cohésion sociale dans les discours politiques et professionnels. Études de cas de deux réformes de l'enseignement secondaire dans deux cantons romands»** dar, dass sich die in den Diskursen rekonstruierten Vorstellungen, Rechtfertigungen und Praktiken der verantwortlichen Akteur:innen in Politik und Verwaltung kaum an wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Bildungsgerechtigkeit ausrichten, wie es eine

evidence based policy proklamiert, sondern sich am System der frühen Selektion in separative Leistungszüge orientieren – ein System, das Ungleichheiten stark befördert.

In ihrem Beitrag **«Das Quotendebakel. Eine Diskursanalyse zur <zu hohen> Gymnasialquote in Basel-Stadt»** analysiert Andrea Fischer den medialen Diskurs, der diese Gymnasialquote problematisiert, dabei eine spezifische Lesart des Phänomens konstruiert und gleichzeitig alternative Deutungen und Wahrheiten ausschliesst. Die Autorin verweist auf die Wirkmächtigkeit von Diskursen, die die Wahrnehmung der Wirklichkeit und das daran anschliessende soziale Handeln prägen. Sie kommt zum Schluss, dass die von ihr rekonstruierte Erzählung den bildungspolitischen Eingriff des Kantons zur Verringerung der Zugangschancen zum Gymnasium rechtfertigt.